

# Amer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeiger  
und für Anzeigen die Postämter  
an. — Erscheint wöchentlich.  
Zwangsdruck - Anschlag Nr. 53.

Abgabeposten für die Anzeiger  
besteht in den Anzeigen aus den  
Anzeigen in Gohlfenning, aus  
wichtigen Anzeigen in Gohlfenning,  
Kellner-Druckerei in Gohlfenning,  
amtliche Zeit in Gohlfenning.

Telegramme: Expedient Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Nr. 1000

Nr. 43

Freitag, den 20. Februar 1925

20. Jahrgang

### Zum deutsch-rumänischen Konflikt.

Berlin, 18. Februar. Von rumänischer Seite ist wiederholt behauptet worden, daß Deutschland entschlossen sei, seinen Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrage gegenüber Rumänien nicht nachzukommen. Deutschland bestreite alle aus diesem Vertrage sich ergebenden rumänischen Ansprüche. Diese Darstellung ist irreführend, wie die am 28. Januar vom deutschen Gesandten in Bukarest der rumänischen Regierung übergebene deutsche Note beweist. Diese Note besagt u. a.: Die deutsche Regierung legt Wert darauf, der königlichen Regierung erneut durch diese Note zum Ausdruck zu bringen, daß sie bereit ist, alle noch schwebenden Fragen bezüglich der rumänischen Ansprüche aus dem Versailler Vertrage einer umfassenden abschließenden Regelung auszuliefern. Allerdings kann Deutschland in der Frage der Banca Generalnoten einen Anspruch Rumäniens nicht anerkennen. Der Versailler Vertrag, der alle Fragen aus dem Kriege regelt, legt Deutschland keinerlei Verpflichtungen bezüglich dieser Noten auf. Die Entscheidung der Reparationskommission, daß diese Forderungen nicht unter die Bestimmungen des Artikels 259 Nummer 6 des Versailler Vertrages fallen, bestätigt übrigens diese Auffassung. Dagegen wird es malsicht sein, die Verhandlungen über das zurzeit in Vorbereitung befindliche Substitutionsabkommen wegen der Verpflichtungen aus Artikel 238 des Versailler Vertrages in zufriedenstellender Weise zu beenden. Die deutsche Regierung ist ferner bereit, sich an den von der österreichischen Regierung angebotenen Verhandlungen in Wien im nächsten Monat zu beteiligen, bei denen die Forderungen der rumänischen Regierung aus Artikel 259 des Versailler Vertrages im Zusammenhang mit dem Bukarester Vertrag erörtert werden sollen. Im Verlauf dieser Erörterungen wird die deutsche Regierung bereit sein, im Benehmen mit der rumänischen Regierung die Höhe der genannten Forderungen festzustellen. Sie hält es aber für angebracht, schon jetzt ihren Standpunkt dahin zum Ausdruck zu bringen, daß neben den Verpflichtungen Deutschlands aus Artikel 259 des Versailler Vertrages durch die vom Sachverständigenrat und vom Londoner Kommando festgesetzten Jahreszahlungen Deutschlands abgedeckt sind. Da nach Kapitel 1 Teil 10 des Sachverständigenratsrats alle Kosten der Alliierten aus dem Kriege, deren Ertrag sie von Deutschland verlangen können, durch die im Darlehenplan festgesetzten Annuitäten abgedeckt werden müssen, so stellen die Jahreszahlungen das Maximum der deutschen Leistungen gegenüber den Alliierten dar, über deren Betrag hinaus Deutschland zu keinen Zahlungen verpflichtet ist.

Bukarest, 18. Februar. Zu der Meldung, daß Rumänien Repressionsmaßnahmen gegen deutsches Kapital und deutsche Staatsangehörige ergriffen habe, wird in einer Meldung der Agentur Orient-Radio erklärt, die rumänische Regierung habe bis zum heutigen Tage keine derartigen Maßnahmen getroffen.

### Der Kontrollbericht in Paris überreicht

Paris, 18. Februar. General Walsh, der Vorsitzende der interalliierten Militärkontrollkommission in Berlin sowie der englische Delegierte in dieser Kommission, General Banehope, sind gestern abend in Paris eingetroffen. General Walsh brachte den endgültigen Bericht der Militärkontrollkommission über den Stand der deutschen Rüstungen mit. Dieser ist heute vormittag den zuständigen Stellen übergeben worden.

#### 44 Seiten Umfang.

Paris, 18. Februar. General Walsh, der Vorsitzende der interalliierten Militärkontrollkommission in Berlin hat heute vormittag dem Marschall Foch den Bericht über das Ergebnis der Generalinspektion in Deutschland übergeben. Das Schriftstück umfaßt 44 Seiten und zwei Anhänge, von denen der eine vom Unterausschuß für den Effektivebestand und der andere vom Unterausschuß für die Bewaffnung herührt. Nach dem „Temps“ handelt es sich bei den Anlagen um technische Berichte. Der Bericht selbst trage allgemeinen Charakter. Es seien darin die Verhältnisse Deutschlands aufgeführt. Außerdem werde die Stimmung in Deutschland hinsichtlich der Entwaffnung gekennzeichnet. Der Bericht habe schon heute vormittag von dem Bericht Kenntnis genommen. Zwei wesentliche Fragen seien jetzt von den Alliierten zuerst zu entscheiden: Soll der Bericht veröffentlicht werden und, wenn ja, der Bericht allein oder auch die Anhänge und in welcher Form soll der deutschen Regierung die am 28. Januar in Aussicht gestellte Mitteilung, was man von Deutschland hinsichtlich der Entwaffnungsverpflichtungen noch erwarte, gemacht werden.

### Urteile gegen Kommunisten wegen Landfriedensbruch.

Leipzig, 17. Januar. Wegen schweren Landfriedensbruchs hatten sich gestern die Bauarbeiter Hermann Reblmann, Otto Friedrich Risse, Alfred Galt und Max Lange aus Liebertwolkwitz und der kommunistische Parteiführer Alfred Vogt aus Leipzig zu verantworten. Am 20. April v. J. wurde im Gasthof Liebertwolkwitz eine Wahlversammlung der völkischen Freiheitspartei abgehalten. Ein großer Trupp von Kommunisten drang in den Saal ein. Es kam zu Gewalttätigkeiten, wobei es einige Verletzungen gab. Das Gericht verurteilte Risse, Lange und Galt wegen schweren Landfriedensbruchs zu je 6 Monaten Gefängnis. Vogt wurde freigesprochen.

## Marx vor dem preußischen Landtag.

Ministerpräsident Marx hat dem preußischen Landtag das neue preußische Kabinett vorgestellt, die Vertreter der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei haben formulierte Erklärungen verlesen, die in einer Kampfansage ausklangen.

Die Entgegennahme der Regierungserklärung stand erst als vierter Punkt auf der Tagesordnung, und wenn es auch meist Gegenstände von untergeordneter Bedeutung waren, die vorher ohne Aussprache erledigt wurden: sie nahmen doch eine geraume Zeit in Anspruch. Dazu kam noch ein kommunistischer Antrag, als ersten Punkt die Bewilligung von 5 Millionen Mark für die Hinterbliebenen der Opfer des Grubenunglücks auf die Tagesordnung zu setzen. Das war nur möglich, wenn im Hause kein Widerspruch erfolgte. Er kam von der rechten Seite, von den Deutschnationalen, und löste bei den Kommunisten starke Erregung aus.

Was Marx vortrug, war das Programm eines Patrioten, eines wirklich nationalen Mannes, dem das Staatswohl ernstlich höher steht als das Partei- und Fraktionsinteresse. Daneben ist zu sagen, daß sich in der Formulierung der Regierungserklärung der erfahrene und geschickte parlamentarische Taktiker bewährt hat. Marx ist von einer Mehrheit des Landtages zum Ministerpräsidenten gewählt worden, aber seine Regierung ist fast ausschließlich aus Mitgliedern des Zentrums und der Demokraten zusammengesetzt, und sie kann sich parlamentarisch nur auf die Weimarer Koalition stützen, der drei Stimmen zur absoluten Mehrheit fehlen. Auch eine neutrale Haltung der Wirtschaftspartei gewährt nur die Aussicht auf eine kleine, nicht unbedingt verlässliche Mehrheit. Taktisch wollte der Ministerpräsident in seiner Erklärung alles vermeiden, was den Parteien der Rechten erwünschte Gelegenheit gegeben hätte, schärfste Opposition anzukündigen und auch zu machen. Aber auch politisch entsprach es durchaus den Anschauungen des Ministerpräsidenten Marx, eher das Gemeinsame und Einigende als das Trennende zu betonen. Der Mann, der aus ehrlicher Überzeugung als Reichskanzler sowohl wie als preussischer Ministerpräsident den Gedanken der Volksgemeinschaft verwirklichen wollte, konnte nichts anderes als ein Programm der Volksgemeinschaft verhandeln.

Für Marx gibt es nur einen politischen Grundsatz,

der den Kompromiß ausschließt: das Bekenntnis zur Republik. Dieses Bekenntnis hat er auch gestern abgelegt und zweimal unterstreichen. Er hat in diesem Zusammenhang mit deutlicher Betonung auch von dem Beamtenum gesprochen, das sich unbeschadet aller durch die Verfassung gewährleisteten Freiheit des politischen Glaubensbekenntnisses doch bemüht sein müsse, daß es seine erste Aufgabe sei, die Verfassung zu achten und zu schützen.

Die Rede des Ministerpräsidenten klang in einen Appell an die Parteien aus: daß sie damit aufhöhen, sich innerlich zu zerstreuen und sich zusammenschließen, um auf dem Boden der bestehenden Verfassung das allgemeine Wohl zu fördern. Denn — und in diesem Satz vertrat Marx noch einmal seine Überzeugung von dem Primat der auswärtigen Politik — die inneren Wünsche müssen hinter den außenpolitischen Interessen des Reiches zurücktreten.

Die sachliche Basis, auf der die Parteien zusammenarbeiten können, sieht der Ministerpräsident in einer gesunden landwirtschaftlichen Siedlungspolitik, in einer Reform der staatlichen und kommunalen Verwaltung, in der Verabschiedung der Landgemeindeordnung und in der Ordnung der Finanzen. Mit dem Blick nach rechts sprach dann Marx von dem notwendigen „Schutz der landwirtschaftlichen Interessen“ und von der „örtlichen Grundpolitik“ der Kulturpolitik.

Die Ausführungen des Ministerpräsidenten Marx wurden — ausgenommen die Kommunisten — ohne jede Unterbrechung und Kundgebung angehört. Am Schluß äußerte das Zentrum seine Zustimmung, der sich auch die Demokraten und Sozialdemokraten angeschlossen. Die Deutschnationalen blieben, die Kommunisten lehnten sich sogar einige Pfiffe, die Deutsche Volkspartei blieb ruhig.

### Wittrauen und Vertrauen.

Wie verlautet, haben die Fraktionen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei im Preussischen Landtag im Verein mit den Nationalsozialisten beschlossen, Wittrauensanträge einzubringen, nicht gegen den Ministerpräsidenten Marx, sondern gegen eine Anzahl seiner Minister, vor allem den Minister Sebering. Auch die Wirtschaftspartei soll gewillt sein, für diese Wittrauensanträge zu stimmen.

### Die Alkoholfrage im Reichstag.

Berlin, 18. Febr. Am Regierungstisch: Verkehrsminister Dr. Krohne. Der von der Regierung vorgelegte Gesetzentwurf über die Aufnahme von Auslandskrediten durch Gemeinden und Gemeindeverbände wird dem Haushaltsausschuß überwiesen. In dritter Beratung angenommen wird der Gesetzentwurf über die Todesstrafe für Kriegsverweigerer.

Es folgt die Beratung des Antrages Müller-Franken (Soz.) auf Vorlegung des Entwurfes eines

#### Schantstättengesetzes

Abg. Solimann (Soz.) berichtet über die Ausschussverhandlungen. Der Ausschuss empfiehlt den Antrag zur Annahme.

Abg. Dr. Strathmann (Dn.) erklärt, der Antrag diene nur dem Zweck endliche Ordnung in das Gastwirtsgebet zu bringen. Auch Angehörige des Gastwirtsstandes hätten anerkannt, daß der Stand von ungeeigneten Elementen gereinigt werden müsse. Die vollkommene Trockenlegung sei nicht das Ideal. Wer die Erhaltung unserer Volkskraft wolle, müsse der Bekämpfung des Alkohol-Verbrauchs sympathisch gegenüberstehen.

Abg. Rolte (Wirtsch. Bgg.) betont, daß mäßiger Alkoholgenuß verheerend wirke und Gegenstände ausgleiche. (Große Heiterkeit und Rufe: Also her damit in den Reichstag.)

Abg. Dr. Hofes (Soz.) weist darauf hin, daß die ganze Frage vom volksgesundheitlichen Standpunkt zu betrachten sei. Der sozialdemokratische Antrag solle keine Trockenlegung Deutschlands, sondern nur den katastrophalen Wirkungen des Alkoholismus entgegenwirken.

Abg. Sparrer (Dem.) führt aus, daß die demokratische Fraktion in ihrer Mehrheit gegen ein Schantstättengesetz sei. Ein kulturell hochstehendes Volk, wie das deutsche, könne dem Alkohol nicht erliegen. Gegen die Trunkenheit müsse man mit Erziehungsmassnahmen vorgehen.

Abg. Schirmer (Bapt. Sp.) erklärt, daß das Bier in Bayern ein Nahrungsmittel sei. Bayern werde sich das Bier nicht nehmen lassen. (Große Heiterkeit.)

Abg. Frau Lüders (Dem.) tritt namentlich für die Bekämpfung des Alkoholismus ein. Wirtschaftliche Schäden können daraus nicht entstehen. Deutschland habe 41mal soviel Getreide für die Alkoholverstellung verwendet, wie die Quäker und an Lebensmitteln gespart haben.

Der Antrag des Ausschusses, der für die Annahme des sozialdemokratischen Antrages eintritt, wird darauf in namentlicher Abstimmung mit 200 gegen 168 Stimmen bei 18 Enthaltungen abgelehnt.

Es folgt die Abstimmung über den deutschnationalen Eventualantrag, die ebenfalls namentlich ist.

Der deutschnationale Antrag zum Schutz der Jugend gegen die Gefahren des Alkohols und zur Verbesserung des Schantkonzessionswesens unter Ablehnung der Trockenlegung Deutschlands wird mit 309 gegen 53 Stimmen bei 8 Enthaltungen angenommen.

Darauf wird die Haushaltsberatung beim Reichswehrministerium fortgesetzt.

Abg. Krämer (D. Sp.) fordert die Modernisierung der Bahnhöfe.

Nach weiterer Debatte werden alle Anträge bis zur dritten Lesung zurückgestellt. Die Einzelberatung soll später stattfinden.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 11 Uhr: Interpellation über das Dormunder Unglück.

### Mandatsniederlegung Ludendorffs.

Berlin, 18. Febr. Die „Deutsche Allgemeine Ztg.“ meldet aus München: Wie aus politischen Kreisen verlautet, soll sich General Ludendorff nun doch entschließen haben, sein Reichstagsmandat niederzulegen. An seiner Stelle soll Hauptmann Roehm das Mandat übernehmen.

### Der Fall Lange-Hegemann.

Wie wir erfahren, wird die Staatsanwaltschaft noch heute sich offiziell an den Reichstagspräsidenten wenden und einen Beschluß des Parlaments über die Aufhebung der Immunität Lage-Hegemanns verlangen, da gegen ihn, der sowohl im Fall Darmat wie auch im Fall Bölle als Angeklagter verurteilt war, nunmehr das Ermittlungsverfahren durchgeführt werden soll.